

Drei Vorschläge zum Kampf gegen Rechtsextremismus

1. öffentliche Aufklärung

Zum Nazi-Terror rund um die „Zwickauer Zelle“ gibt es mehr Fragezeichen als Antworten. Das bietet viel Raum zum Spekulieren. Ich werde dennoch nicht spekulieren. Stattdessen wiederhole ich: DIE LINKE fordert eine umfassende und öffentliche Aufklärung. Geheimrunden in so genannten Parlamentarischen Kontroll-Gremien sind das Gegenteil davon. Sie verfinstern, statt zu erhellen.

2. alte Hüte, falsche Sicht

Kaum wurden die Verbrechen der so genannten Zwickauer Zelle publik, schon sind alle altbekannten Forderungen wieder auf dem Tisch: Die Vorratsdatenspeicherung soll wieder eingeführt werden. Das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten sei aufzuheben. Der Verfassungsschutz brauche mehr Geld und Personal. Auch Spezial-Zentral-Dateien werden gefordert: Alles alte Hüte auf Wiedervorlage. DIE LINKE wird sie alle ablehnen.

a) weil sie nicht sachdienlich sind,

b) weil sie mit dem Grundgesetz über Kreuz sind, und

c) weil sie blind hochrücken, statt klug umzusteuern.

Das Hauptproblem sind nicht Strukturen oder Instrumente, sondern dass die Gefahren von Rechts offiziell permanent unterschätzt werden.

3. V-Leute-Praxis

Mit Erstaunen lese ich hingegen, dass aktuell noch mehr V-Leute im rechtsextremen Milieu unterwegs sind, als zu Zeiten des gescheiterten NPD-Verbots-Verfahrens 2002/2003.

Insbesondere Unions-Politiker halten noch immer an dieser kreuzgefährlichen Praxis fest. Solange das so ist, so lange garantieren CDU und CSU der NPD das Parteien-Privileg.

Ich fordere seit 2003: Alle V-Leute sind abzuschalten, auf Bundesebene, auf Landesebene, bei der Polizei und beim Verfassungsschutz.

Und zwar nicht nur, weil sie ein Verbotshindernis sind.

V-Leute sind vom Staat gekaufte Spitzel und bezahlte Täter.

Sie sind keine Lösung, sondern ein zusätzliches Problem.

4. Befund, Struktur, Strategie

Die Terror-Spur der so genannten Zwickauer Zelle mag einzigartig sein, neu ist der Terror von Rechts im neuen Deutschland indes nicht.

Nach unterschiedlichen Berechnungen wurden seit 1990 insgesamt 157 bzw. 182 Menschen von Rechtsextremisten ermordet.

Die Beispiele sind belegt. Die Bundesregierung weigert sich weiterhin, sie politisch einzustufen. Ihre Statistik verharrt bei 47 Toten.

Das bedeutet nichts Anderes, als: Der offizielle Befund geht meilenweit an der Realität vorbei. Er ist (aus verschiedenen Gründen) schlicht falsch.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist auf Bundesebene beim Innen-, beim Justiz- und beim Familienministerium angesiedelt.

Auch das ist falsch. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine Querschnittsaufgabe, für die alle Ministerien zuständig sind, ausnahmslos.

Zum falschen Befund kommt also eine falsche Struktur und dass es auf Bundesebene keine tragfähige Strategie gegen Rechtsextremismus gibt.

(Dasselbe trifft übrigens auf den Kampf gegen Antisemitismus zu.

So lautet ein Fazit der unabhängigen Expertenkommission.)

Obendrein ist es absurd: Familienministerin Schröder sucht krampfhaft nach Linksextremisten während Nazis mordend durchs Land ziehen.

5. Drei Alternativen

Ich wiederhole daher drei Vorschläge der LINKEN:

Erstens: Wir brauchen eine unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Denn ohne klaren Befund kann es keine Lösung geben.

Zweitens: DIE LINKE wirbt für eine Beauftragte des Bundestages für Bürgerrechte, Demokratie und Toleranz.

Denn ohne Koordinierung aller Ressorts und Ressourcen geht es nicht.

Drittens: Auch die Bundesmittel für zivilgesellschaftliche Programme gegen Rechtsextremismus sind bei dieser Beauftragten anzusiedeln.

Denn ohne verlässliche Förderung trägt keine Strategie.

* * *